

Pressemitteilung des Gesamtpersonalrates der Stadt Salzgitter

Keine Haushaltseinsparungen auf dem Rücken der Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadt Salzgitter! Eine Stellungnahme des Gesamtpersonalratsvorsitzenden Mario-André Römer:

Den Ausführungen des Rats Herrn Disselhoff (AFD) anlässlich der Haushaltsberatungen widerspricht Herr Römer (Gesamtpersonalratsvorsitzender Stadt Salzgitter) nachdrücklich.

Es handele sich nicht um einen aufgeblähten Stellenplan. Die Neuschaffungen von Stellen resultieren mehrheitlich aus gesetzlichen Änderungen und dadurch bedingter Erhöhung des Aufgabenumfanges bzw. Schaffung neuer Pflichtaufgaben. Genannt sei hier beispielhaft die Wohngeldreform („Wohngeld Plus“), die nicht nur zu erhöhten Wohngeldbeträgen, sondern auch zu erheblich mehr Anspruchsberechtigten führt, laut Angabe der Bundesregierung von derzeit 600.000 auf 2 Millionen Berechtigte bundesweit. Dies führt in der Konsequenz natürlich bei allen Kommunen zu einem Personal-Mehrbedarf, auch bei der Stadt Salzgitter. Einen Einfluss auf diese Entwicklung hat weder die Verwaltung, der Rat, noch der Oberbürgermeister der Stadt Salzgitter. Als Pflichtaufgabe der Stadt Salzgitter ist von allen Beteiligten sicherzustellen, dass diese personell und finanziell ordnungsgemäß erledigt werden kann.

Auch den Vorwurf, die Verwaltung trage die Schuld an der Verschuldung der Stadt Salzgitter, weist Herr Römer zurück. In einem Haushaltsplan sind natürlich alle Einnahmen und Aufwendungen genauestens zu kalkulieren, auch voraussichtlich eintretende Lohnsteigerungen, Zinsentwicklungen und Baukostenerhöhungen. Auch hier gibt es wenig bis gar keine Einflussmöglichkeiten. Die Tarifverhandlungen der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes sind auf Bundesebene bereits im Gange und eins ist klar, wenn die Verdienstmöglichkeiten der Beschäftigten nicht kräftig erhöht werden, wird der öffentliche Dienst gegenüber der Privatwirtschaft abgehängt und als Arbeitgeber unattraktiv. Schon jetzt sind wir mitten im demografischen Wandel und können offene Stellen im öffentlichen Dienst schwer oder gar nicht besetzen. Der Wunsch der AFD-Fraktion vakante Stellen nicht nach zu besetzen und die eingesparten Kosten stattdessen für neue Stellenbedarfe zu nutzen, würde die verbliebenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter stark belasten und dazu führen, dass diese den öffentlichen Dienst verlassen. Das lehne er als Gesamtpersonalratsvorsitzender entschieden ab. Er bedauere es, dass der AFD-Ratsfraktion offensichtlich nur daran gelegen ist, Kritik zu üben anstatt an konstruktiven Lösungen zu arbeiten. Er hat als Gesamtpersonalratsvorsitzender zur Beratung und zum Austausch zur Verfügung gestanden, was von anderen Ratsfraktionen auch genutzt wurde.

Für die Zukunft wünsche sich Herr Römer, dass sowohl alle Ratsfraktionen und die Dienststelle an einem Strang ziehen, um die Stadt Salzgitter als Arbeitgeber attraktiv zu machen, um gewährleisten zu können, dass alle Aufgaben für den Bürger kompetent und schnell erledigt werden können.

V.i.S.d.P.: Gesamtpersonalrat der Stadt Salzgitter, vertreten durch den Vorsitzenden Mario Römer, Joachim-Camp-Straße 6-8, 31246 38226 Salzgitter, Telefon: 05341-839 4410, Email: mario.roemer@stadt.salzgitter.de